



VEREIN DEUTSCHER METALLHÄNDLER E.V.
BUNDESVERBAND DES
NE-METALLGROSSHANDELS UND DER
NE-METALLRECYCLINGWIRTSCHAFT

PRESSE - INFORMATION

7. Mai 2004 (*Sperrfrist 13 Uhr*)

VDM Mitgliederversammlung in Leipzig

Mehr Macht dem Parlament

Eine Rückbesinnung auf die Aufgaben der Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Länderparlamente als Gesetzgeber fordert der Verein Deutscher Metallhändler e.V. (VDM). Die seit etlichen Jahren zu beobachtende Übung, in den Gesetzen nur den Rahmen festzuschreiben und Details per Rechtsverordnung durch die Bundesregierung regeln zu lassen sei problematisch. Dies führe in der Praxis dazu, dass Recht in Deutschland zunehmend durch Ministerialbeamte und Mitarbeiter von Bundesämtern formuliert werde. Zwar werde der Bundestag formal angehört und der Bundesrat müsse zustimmen, doch gestalte sich die parlamentarische Kontrolle aufgrund der vielen technischen Details in den Verordnungen immer schwieriger.

Die häufig unpräzisen Formulierungen der Gesetzestexte fördern den zunehmenden Einfluss ministerieller Arbeitskreise, wie beispielsweise der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA). Durch sie wird oftmals über sogenannte Musterverwaltungsvorschriften de facto Recht gesetzt, ohne dass auch nur ein Parlamentarier zugestimmt hat. Der VDM verweist in diesem Zusammenhang auf die im Grundgesetz verankerte Gewaltenteilung, wonach die Legislative die Vorschriften zu erlassen und die Exekutive diese auszuführen habe. Diese Gewaltenteilung werde vor allem im Abfallrecht häufig außer Kraft gesetzt. Als jüngstes Beispiel nannte der VDM die im Entwurf von der LAGA vorgelegte „Vollzugshilfe Entsorgungsfachbetriebe“ die in ihrem Regelungsgehalt weit über das geltende Recht hinausgehe.